

İta

BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 0032 - 2 - 230 34 72 Belgien

4. Jg. - Januar 1980
Deutsche Ausgabe Nr.15
Preis: 1,50 DM
Jahresabonnement: 15,00 DM

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

Die beiden Hauptziele des Ultimatums der Türkischen Militärs:

- Einlenken der Türkei auf die militärischen Pläne der USA
- Unterdrückung der verbliebenen demokratischen Rechte

Durch den Abschluß eines türkisch-amerikanischen Militärvertrags wurde die Türkei zu einem Sprungbrett der Vereinigten Staaten im Nahen Osten. Die nebenstehende Karte zeigt die US- und NATO-Militärstützpunkte in der Türkei, die gegen unabhängige Staaten und nationale Befreiungsbewegungen in der Region gerichtet sind. Der Vertrag soll zunächst über fünf Jahre laufen und betrifft insgesamt 26 unterschiedlich ausgerüstete Stützpunkte, konventionelle und auch nukleare. Im Gegenzug soll die Türkei von Washington Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe in bisher noch nicht genannter Höhe erhalten.



- | | |
|--------------------------|---------------------------------|
| * US logistische Einheit | ▼ NATO Frühwarnposten |
| ⊕ US Militärmission | ◆ US nukleares Luftwaffenlager |
| * US Horchposten | ⊠ US nukleares Heerwaffenlager |
| ① NATO HQ Südost | ⊡ NATO Nuklearwaffenlager |
| ▲ NATO Militärstützpunkt | ③ NATO taktisches Luftwaffen HQ |
| ② NATO HQ Nordost | ⚡ NATO Geschützstation |

HQ=Hauptquartier

DIE BEIDEN HAUPTZIELE DES ULTIMATUMS DER TÜRKISCHEN ARMEEGENERALE

ANKARA (ITA) - Als die türkischen Armeegenerale am Neujahrstag ihr Ultimatum an den Staatspräsidenten richteten, wurde dies unter Bezugnahme auf die Passagen über die politische Gewalt im Lande von allen Kommentatoren als ein Ausdruck der Besorgnis und der Warnung interpretiert, damit die Terrorakte, denen in den letzten beiden Jahren mehr als 2 000 Menschen zum Opfer gefallen sind, endlich ein Ende finden. Einige Beobachter sagten einen militärischen Staatsstreich für den Fall voraus, daß die politischen Parteien sich im Kampf gegen den Terrorismus nicht einigen können. In dem vom Generalstabschef und vier Armeegeneralen gestellten Ultimatum heißt es: "Unsere Nation hat kein Verständnis für all diejenigen, die die extensiven Freiheiten unserer Verfassung mißbrauchen, die die kommunistische Internationale statt unserer Nationalhymne singen, die zu Islamischem Recht zurückkehren wollen, die die Demokratie durch Faschismus, Anarchie, Destruktion und Partikularismus ersetzen wollen."

An anderer Stelle geht das Ultimatum auf die internationale Situation ein: "Die Entwicklungen in unserer Region können plötzlich in einen heißen Konflikt im Nahen Osten umschlagen. Die Separatisten und Anarchisten in unserem Lande proben den Generalaufstand." Die Generäle warnen: "Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es von äußerster Wichtigkeit, Einheit und Geschlossenheit im Lande zu praktizieren, alle notwendigen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen in den Parlamenten durchzusetzen, um die Sicherheit von Leib und Leben unserer Bürger zu gewährleisten. Die Streitkräfte haben daher beschlossen, die politischen Parteien zu warnen, da sie in ihrem ständigen Kleinkrieg nicht verhindern konnten, daß der Terrorismus alarmierende Ausmaße im Lande angenommen hat."

Demgegenüber muß jedoch festgehalten werden, daß 19 der bevölkerungsreichsten und unruhigsten Provinzen bereits unter Kriegsrecht stehen. Diese Maßnahme hatte die Regierung Ecevit unmittelbar nach den blutigen Zwischenfällen in Kahramanmaras in zunächst 13, später 19 Provinzen verfügt.

Doch trotz der Militärherrschaft hat der politische Terror nicht nachgelassen. Nach offiziellen Angaben sind im ersten Jahr des Ausnahmezustandes 1 126 Personen in politischen Gewaltdelikten getötet und etwa 10 000 verletzt worden.

Wenn also das Hauptziel der Armeegenerale der politische Terror war, so haben die Politiker die Armee schon vor Jahresfrist autorisiert, dieses Problem anzugehen. Aber hinter dem Ultimatum standen völlig andere Beweggründe. Die Armeegenerale sind vorgeschoben worden, um die dunklen Pläne der USA und der herrschenden Klassen in der Türkei zu realisieren.

Die Türkei soll wieder Sprungbrett der USA zum Nahen Osten werden

Es ist kein Zufall, daß das Armeeutimatum gestellt wurde unmittelbar nachdem die USA einen Plan zur Errichtung einer neuen pro-amerikanischen Militärallianz im Nahen Osten veröffentlicht hatte. Die Ereignisse im Iran und Afghanistan wurden als Vorwand benutzt, um den ehemaligen CENTO-Pakt unter neuem Namen und mit neuen Partnern wiedererstehen zu lassen. Dabei wäre die Türkei der einzige ehemalige wie auch zukünftige Partner eines solchen Verteidigungspaktes.

Der erste Schritt in Richtung auf die Gründung eines solchen neuen Paktes war die türkische Unterschrift unter einem amerikanisch-türkischen Militärvertrags, in dem die Grundsätze der zweiseitigen Verteidigungsbeziehungen festgelegt und die fortgesetzte Benutzung der US-Militärbasen in der Türkei garantiert werden. (Die Türkei hatte den vorausgegangenen Militärvertrag 1975 einseitig aufgekündigt und alle amerikanischen Militärstützpunkte - außer dem strategischen NATO-Luftwaffenstützpunkt in Incirlik - geschlossen, weil die USA ein Waffenembargo gegen die Türkei verhängt hatte.)

Der ehemalige Premierminister Ecevit hatte zwar im Oktober 1978 nach dem vom US-Kongreß beschlossenen Ende des Embargos die Benutzung von vier US-Stützpunkten wieder ermöglicht, einer grundsätzlichen Genehmigung für die Wiedereröffnung aller US- und NATO-Stützpunkte im Lande stand jedoch die starke Opposition demokratischer Kräfte, darunter auch der linke Flügel von Ecevits Republikanischer Volkspartei, entgegen.

Unmittelbar nach dem Ultimatum der Armeegenerale eilten Vertreter der amerikanischen Regierung in die Türkei, und innerhalb weniger Tage, am 9. Januar 1980, konnte ein Militärvertrag mit der türkischen Regierung ausgehandelt werden. Der Vertrag garantiert den USA den Betrieb von 26 Stützpunkten, deren wichtigste die Spionagestation in Sinop an der Schwarzmeerküste und in Diyarbakir im Osten des Landes sind.

Nach Auskunft gut unterrichteter Kreise ermöglicht der Vertrag auch die Einrichtung weiterer Nuklearstützpunkte auf türkischem Boden.

Demirel-Ecevit Zusammenarbeit bei Anti-Terror-Maßnahmen

Eine weitere Folge des Armeultimatums ist die Einigung der Vorsitzenden der Mitte-links und Mitte-rechts Parteien in der Türkei auf ein gemeinsames Programm der Terrorbekämpfung. Am 14. Januar 1980 trafen sich der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei Ecevit und Premierminister Demirel zu einem dreistündigen Gespräch, in dem Ecevit einräumte, die Regierung Demirel in ihren Bemühungen um die parlamentarische Verabschiedung von Gesetzesinitiativen, mit denen fundamentale Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden sollen, zu unterstützen. (Vgl. BULLETIN, Dezember 1979).

Ecevit deutete dabei auch an, daß er eine Große Koalition zwischen seiner CHP und der regierenden Gerechtigkeitspartei (AP) befürwortet.

Im Anschluß daran zwang Ecevit seine Parlamentsfraktion, für die neuen antidemokratischen Gesetzesvorhaben zu stimmen. Als elf linksgerichtete Abgeordnete seiner Partei eine parlamentarische Behandlung die Maßnahmen verhindern wollten, wurden sie vor den Disziplinarrat der Partei geladen und offiziell verwarnet.

Trotz des Drucks von Ecevit aus seine Parlamentsabgeordneten konnten einige der undemokratischen Gesetzesvorhaben mithilfe der Stimmen demokratischer Abgeordneter der CHP und der Nationalen Heilspartei abgewehrt werden.

Tatsächlich besteht keine Notwendigkeit, die Gesetze zu verschärfen, um den Terrorismus wirksamer zu bekämpfen, denn die Polizei und das Militär besitzen bereits außerordentliche Befugnisse in ihrem Kampf gegen den Terrorismus. Das wirkliche Ziel dieser Gesetzesänderungen besteht somit darin, noch bestehende demokratische Rechte und Freiheiten abzuschaffen.

Wie bereits in früheren BULLETINs erläutert sind die wirklichen Planer und Drahtzieher der politischen Gewalt die Anti-Guerilla-Abteilung im Generalstab der Streitkräfte und die Nationale Bewegungspartei (MHP) des faschistischen Ex-Oberst Alparslan Türkes. (Vgl. INFO-TÜRK, Massaker in Ankara, Warum?, Brüssel 1979).

So konzentrierten sich nach dem Ultimatum der Armeegenerale alle Bemühungen auf die Unterdrückung demokratischer Organisationen und die Einschüchterung fortschrittlicher Personen. Zwischen dem 12. Dezember 1979 und dem 18. Januar 1980 sind 250 Personen durch politischen Terror umgekommen; die Gesamtzahl der Opfer stieg damit auf 2 680.

Doch trotz Terror und Unterdrückung stehen die demokratischen Kräfte der Türkei im Kampf gegen die Anti-Terror-Maßnahmen zusammen. Selbst demokratische Kreise in dem von extrem rechten Parteien kontrollierten Staatsapparat tun ihr bestes, um die wirklichen Hintermänner des politischen Terrors zu entlarven.

Anmerkung: Zukünftig veröffentlichen wir nur Zahl und Ort der politischen Morde. Nähere Einzelheiten kann auf Anfrage unser Büro in Brüssel verschicken. (ITA)

| | |
|--|-----|
| Politische Morde vom 12. Dezember 1979 bis zum 18. Januar 1980 | |
| ISTANBUL | 68 |
| ANKARA | 24 |
| ADANA | 16 |
| IZMIR | 13 |
| HATAY | 11 |
| SAMSUN | 11 |
| GAZIANTEP | 11 |
| MANISA | 10 |
| ESKISEHIR | 9 |
| BURSA | 7 |
| URFA | 6 |
| KAYSERI | 6 |
| KÜTAHYA | 5 |
| USAK | 5 |
| MALATYA | 4 |
| TOKAT | 4 |
| RIZE | 4 |
| AYDIN | 3 |
| ORDU | 3 |
| SIIRT | 3 |
| TRABZON | 3 |
| ELAZIG | 2 |
| DENIZLI | 2 |
| MERSIN | 2 |
| KONYA | 2 |
| TUNCELI | 2 |
| AMASYA | 1 |
| DIYARBAKIR | 1 |
| MUS | 1 |
| VAN | 1 |
| ZONGULDAĞ | 1 |
| EDIRNE | 1 |
| ADIYAMAN | 1 |
| MARDIN | 1 |
| GIRESUN | 1 |
| ERZURUM | 1 |
| NIGDE | 1 |
| ANTALYA | 1 |
| SIVAS | 1 |
| BERLIN-BRD | 1 |
| Gesamt | 250 |

Der neue Oberste Staatsanwalt der Republik, Fahrettin Kiyak, sagte am 22. Dezember 1979, daß sein Büro eine umfassende Untersuchung der Aktivitäten der Nationalen Bewegungspartei und einiger anderer politischer Parteien eingeleitet habe. Nach dem Parteiengesetz hat nur der Oberste Staatsanwalt die Befugnis, ein Verbot einer politischen Partei zu beantragen, und nur der Verfassungsgerichtshof kann in einer solchen Frage eine Entscheidung fällen.

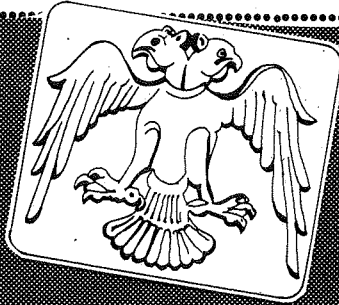
Der ehemalige Oberste Staatsanwalt, der als Sympathisant der Tükes-Partei bekannt war, hatte die Erkenntnisse über die MHP viele Monate lang zurückgehalten. (C-M-H-DN-DG-17/1)

DIE JAGD AUF LEHRER IN DER TÜRKEI GEHT WEITER

ANKARA (ITA) - Die von der Regierung und dem Militär ausgelöste Jagd auf Lehrer geht überall in der Türkei weiter. Nachdem die Polizei und die Kriegsrechtsbehörden alle Lehrer festgenommen hatten, die im Verdacht standen, an der Protestaktion anlässlich des ersten Jahrestags der blutigen Zwischenfälle in Kahramanmaraş teilgenommen zu haben, hat nun das Erziehungsministerium aus gleichem Grunde 4 817 Lehrer bis zum 15. Januar 1980 vom Dienst suspendiert. Inzwischen sind insgesamt 14 132 Lehrer verhört worden und etwa tausend befinden sich immer noch in Haft.

Das Sekretariat und alle Zweigstellen der Vereinigung der Lehrer (TÖB-DER) sind bereits von den Kriegsrechtsbehörden geschlossen worden. (C-M-H-DN-DG-16/1)

"FÜHRER" SELÇUK KARTALI DERNEĞİNİ ANLATTI



NAZI-ÄHNLICHES TRAININGSLAGER DER TÜRKISCHEN FASCHISTEN

Die türkische Presse veröffentlichte neue Dokumente über ein militärisches Trainingslager der Nationalen Bewegungspartei (MHP). Eine Sektion der Grauen Wölfe, die militante Kampforganisation der neofaschistischen Partei, gründete 1970 zwei Unterorganisationen: Die "Vereinigung Kämpfender Zionisten" und die "Vereinigung Selschukischer Adler". Die jugendlichen Mitglieder dieser Organisationen wurden in Militärlagern in der Nähe von İzmir geschult. Während der Ausbildung mußten sie nazi-ähnliche Uniformen tragen und Armbinden mit einem Symbol aus vier Halbmonden, das dem nationalsozialistischen Hakenkreuz ähnelt. Erst nach innerorganisatorischen Auseinandersetzungen wurden diese Kampfgruppen wieder aufgelöst, und der Anführer der "Adler", Gündüz Kaplanlıoğlu wurde aus der MHP ausgeschlossen.



10 yıl önce kurulan Selçuk Kartalı Derneği, Nazilerin gamalı haçına benzeyen bir düzenleme yaptıktan başka Hitler'in şiddet eylemlerinde kullandığı SA teşkilâtının üniforma biçimini de örnek almıştı. Fotoğrafta ön planda konuşma yaparken görülen Gündüz Kapancıoğlu 1975'de MHP İzmir il örgütü tarafından Menemen İlçesi ve köylerinde görevlendirilmiştir. Yanında (2) Yaşar Pilci ve (3) Özcan Konuk adlı arkadaşları görülüyor.

TÜRKISCHER SPITZENKAPITALIST FORDERT LOHNSTOPP

ISTANBUL (ITA) - Ermuntern durch das Militärultimatum formulieren die kapitalistischen Kreise der Türkei ihre gegen die Massen gerichteten Zielvorstellungen deutlicher denn je.

Vehbi Koc, der Aufsichtsratsvorsitzende der KOC Holding, forderte die Verantwortlichen in der Türkei am 6. Januar 1980 auf, für einen gewissen Zeitraum alle Löhne, Mieten und Gewinne einzufrieren, "um das Land aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauszusteuern."

Der Spitzenkapitalist malte ein düsteres Bild der türkischen Wirtschaft und stellte dann fest, daß "nur eine starke Regierung mit mutigen Entscheidungen" das Land aus der Krise herausbringen könne. Koc fügte hinzu, daß unter den gegebenen Bedingungen, "da die Zukunft des Landes auf dem Spiele steht, Löhne, Preise, Mieten und Gewinne für eine gewisse Zeit eingefroren werden müssen. Laßt uns gemeinsam dafür arbeiten, daß dieses wunderschöne Land aus seinen Schwierigkeiten herauskommt."

Koc hat auch die öffentliche Wirtschaft angegriffen, indem er bekannt gab, daß seine Holding nach Erdölvorkommen sucht und Zigaretten produzieren will. Seit Gründung der türkischen Republik stehen Energie und Tabak unter dem Monopol staatlich betriebener Unternehmen. Koc sagte, daß die Staatsmonopole nicht in der Lage seien, genügend Erdöl und Zigaretten zu produzieren und daß sie durch private Unternehmungen ersetzt werden sollten.

Er drängte auch darauf, daß der türkische Tourismus ausländischen Kapital geöffnet werden solle, mit dem die KOC Holding in vielfältiger Weise verflochten ist.

(C-M-DN-DG-8/1)

GEWERKSCHAFTSFÜHRER SANGEN INTERNATIONALE: VERHAFTET

ISTANBUL (ITA) - Sieben Gewerkschaftsführer sind von der Kriegsrechtsbehörde Istanbul "wegen Propaganda für den Kommunismus" verhaftet worden, weil sie zur Eröffnung des 23. Kongresses der Metallarbeitergewerkschaft (Maden-Is) die Internationale gesungen haben.

Bei den Verhafteten handelt es sich um folgende Personen: der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft Kemal Türkler, die stellvertretenden Vorsitzenden Bahtiyar Erkul und Kemal Daysal, der Generalsekretär Mehmet Karaca, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Bankangestellten Metin Denizmen, der stellvertretende Vorsitzende Abdurrahman Cevdet Özhasirci und ein weiterer Delegierter der Metallarbeitergewerkschaft, Necdet Onaran.

Obwohl die Internationale überall in der Türkei gesungen wird und sogar von sozialdemokratischen Arbeiterführern und Politikern, wird sie seit jeher von den türkischen Rechten und den Armeekommandeuren als Propaganda für den Kommunismus betrachtet.

Die sieben Gewerkschaftsführer wurden unmittelbar nach dem vom 19. bis 22. Dezember stattfindenden Kongreß festgenommen, jedoch später vom Militärstaatsanwalt wieder freigelassen. Am 1. Januar nahmen die Armeegenerale in ihrem Ultimatum an den Präsidenten der Republik Bezug auf diesen Vorfall: "Unser Staat hat kein Verständnis für diejenigen, die die Internationale statt unserer Nationalhymne singen."

Daraufhin wurden die sieben Gewerkschafter erneut festgenommen und die fortschrittlichen Militärstaatsanwälte und Richter des Kriegsrechtsgerichtshofes in Istanbul wurden durch konservativere ersetzt.

Bereits während der Zeit der Militärherrschaft von 1971-73 wurde der Herausgeber der sozialistischen Monatszeitschrift ANT, M. Osman Saffet Arolat, zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den vollen Text der Internationale veröffentlicht hatte; dank einer Generalamnestie wurde er 1975 freigelassen.

(C-M-DN-DG-15/1)

EIN KALENDER UND EIN BUCH BESCHLAGNAHMT

ANKARA (ITA) - Ein Kalender, der dem großen türkischen Dichter Nazim Hikmet gewidmet ist, wurde auf Beschluß des 9. Polizeireviere von Ankara beschlagnahmt. Der Richter sah mit einem der im Kalender abgedruckten Gedichte den berüchtigten faschistischen Artikel 142 des türkischen Strafrechts verletzt. Erst nach rechts-anwaltlicher Intervention des Herausgebers wurde dieser Beschluß von einem höhere Gericht annulliert.

Aus ähnlichem Grunde wurde die türkische Ausgabe eines wissenschaftlichen Buches mit dem Titel "Die Türkische Republik, 1914-74" auf Beschluß des 11. Polizeireviere von Ankara beschlagnahmt. In der richterlichen Begründung heißt es, das Buch sei von der Sowjetischen Akademie für Sozialwissenschaften herausgegeben und enthalte Propaganda für den Kommunismus. (C-DG-12/1)

ZENSUR BEI RADIO- UND FERNSEHNACHRICHTEN

ANKARA (ITA) - Die Kriegrechtsbehörde von Ankara hat die Nachrichtenprogramme des türkischen Radios und Fernsehens mit einer Zensur belegt. Seit geraumer Zeit sind zahlreiche Nachrichten zum Thema "Innere Sicherheit" von Armeeeoffizieren zensiert worden. Diese Zensurpraktiken wurden jetzt vom neuen Generaldirektor der Türkischen Radio- und Fernsehgesellschaft TRT, Dogan Kasaroglu, bestätigt.

Der Oppositionsführer Ecevit protestierte gegen diese Praxis. Nach seinen Worten steht zu befürchten, daß die Bevölkerung bei fortgesetzter Zensur gezwungen sein würde, ausländische Radionachrichten zu hören und somit von "fremden" Ideologien beeinflußt zu werden. (C-M-H-DG-13/1)

MORDDROHUNGEN FÜR TÜRKISCHE SCHRIFTSTELLER

Istanbul (ITA) - Der weltberühmte türkische Humorist und Vorsitzende der Türkischen Schriftstellergewerkschaft (TYS) Aziz Nesin gab bekannt, daß viele Mitglieder seiner Gewerkschaft Morddrohungen erhalten haben und forderte den Gouverneur von Istanbul auf, entsprechende vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen.

"In den 65 Jahren meines Lebens kann ich mich nicht an eine ähnlich bedrohliche Situation erinnern. Mehr als 15 unserer Mitglieder werden von Faschisten bedroht; ihre Namen befinden sich auf den "Schwarzen Listen" der faschistischen Organisationen. Unter diesen Umständen ist die Verteidigung der Demokratie zu einer Verteidigung unseres Lebens geworden." (C-M-DG-15/1)

TÜRKEI: GRÖSSTER ANTEIL WEIBLICHER ARBEITSKRÄFTE

ANKARA (ITA) - 44% der türkischen Arbeitskräfte sind Frauen. Damit steht die Türkei an der Spitze aller Länder der Welt. Dies ist das Ergebnis eines Seminars, das am 11. Januar 1980 in Ankara stattfand. Thema: Das Frauenproblem in der türkischen Gesellschaft.

Professor Dr. Nermin Abadan, Vorsitzende der Vereinigung Türkischer Sozialwissenschaftler, sagte, daß dieser Prozentsatz auch die sogenannten "ungelernten Familienarbeiter", die besonders in der Landwirtschaft zu finden sind, einschließt.

In Anbetracht der Tatsache, daß sich die Türkei unter den nur sieben Ländern der Welt befindet, die keine Lebensmittel importieren, wies Professor Unat darauf hin, daß die Landwirtschaft mit modernster Technologie ausgerüstet werden müsse und daß die Ausbildung der arbeitenden Frauen eine besonders große Bedeutung habe. Einer Untersuchung zufolge haben 52,6% aller türkischen Frauen noch nie eine Zeitung gelesen. (C-Dn-DG-13/1)

WER STECKT HINTER DEM WAFFEN- UND DROGENSCHMUGGEL?

ANKARA (ITA) - Der ehemalige Innenminister Hasan Fehmi Günes gab kürzlich in von der Istanbulener Tageszeitung CUMHURİYET veröffentlichten Interview bekannt, daß es in der Türkei eine Reihe Mafia-ähnlicher Familien gebe, die verschiedene Schmuggelaktivitäten unter sich aufteilten.

"Einige von ihnen konzentrieren sich auf Waffenschmuggel, andere auf Zigaretten, wieder andere auf Drogen", sagte Günes in dem Interview. Unter ihnen befänden sich auch einige Politiker und sogar Polizeichefs. Erst kürzlich ist ein Polizeichef, Zahir Avcibasioglu, mit 13 Kilogramm Heroin in Ankara festgenommen worden. Der Handelswert des beschlagnahmten Heroins wurde auf etwa 17 Millionen Dollar geschätzt.

Rohstoff für Heroin ist der aus dem Schlafmohn gewonnene Opium-Kautschuk; der Kautschuk wird zunächst in unveredeltes Morphinum und dann in Heroin verwandelt.

1971 mußte die türkische Regierung den Anbau von Schlafmohn unter dem Druck der Vereinigten Staaten von Amerika verbieten. Die USA hatten behauptet, daß der größte Anteil des den amerikanischen Drogenmarkt erreichenden Heroins von den türkischen Mohnfeldern komme. Damals war türkischer Opium-Kautschuk in unveredeltes Morphinum verwandelt nach Marseille geschifft worden, wo es in Heroin verwandelt wurde und über die nunmehr zerschlagene "French Connection" in die Vereinigten Staaten gelangte.

Aber die Annahme der USA stellte sich als falsch heraus, denn 80% des gesamten Weltopiumanbaus in dem sogenannten "Goldenen Dreieck", das sind die amerikanisch kontrollierten Gebiete Indochinas, stattfand. Da der Schlafmohnanbau für die verarmte türkische Bauernschaft eine wesentliche Existenzgrundlage darstellte, erlaubte die türkische Regierung ab 1973 unter dem Druck der Bauernmassen den erneuten Anbau; es wurden allerdings strenge Kontrollen eingeführt. Ausländische Drogenspezialisten haben festgestellt, daß das zur Zeit die europäischen Märkte erreichende Heroin nicht türkischen Ursprungs sei. Sie behaupten, daß die Hauptquellen des Opium-Kautschuks die Länder Iran, Afghanistan und Pakistan seien, Länder, in denen innenpolitische Unruhen herrschen. Nach Angaben des Chefs der türkischen Rauschgiftpolizei fungieren türkische Schmuggler allerdings als Mittelsmänner, die den Stoff aus jenen Ländern an die europäischen Händler liefern.

Das Rauschgift wird von der Türkei auf dem Landweg nach Europa, meistens Italien, gebracht; entweder im PKW oder auf großen Transit-LKWs.

Die Gewinne aus dem Drogenschmuggel fließen häufig in Form von geschmuggelten Waffen in die Türkei zurück, womit sich der Kreis profitbringender Schmuggelaktivitäten schließt.

Dazu der ehemalige stellvertretende Premierminister Faruk Sükan: "Solche Waffen werden per Schiff in kleine Privathäfen entlang der türkischen Mittelmeer- und Schwarzmeerküste geliefert, die einzelnen schwerreichen Türken gehören. Schmuggelwaffen, darunter auch technisch hochstehendes Gerät wie Raketen, kommen aber auch auf Transit-LKWs in die Türkei."

Vor wenigen Tagen forderten 66 Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei eine parlamentarische Untersuchung bezüglich des Waffen- und Rauschgiftschmuggels. In ihrem Antrag hieß es: "Feinde der Demokratie und unseres Volkes betreiben eine blutige Verschwörung im Untergrund. Der Rauschgift- und Waffenschmuggel ist einer der Hauptgründe für Anarchie und Terror in unserem Land, die heute bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Wiederholt ist vor Gerichten belegt worden, daß die militanten Unterorganisationen einer bestimmten politischen Partei (gemeint ist hier die Nationale Bewegungspartei des faschistischen Ex-Oberst Türkes - ITA) in Lagern ausgebildet werden und einen beträchtlichen Anteil an den terroristischen Aktivitäten im Lande haben. Allein innerhalb der letzten zwei Monate sind illegale Waffen im Wert von 2 Md. Lira (67 Mio. DM) beschlagnahmt worden und wahrscheinlich werden zur Zeit zehnmal soviel Waffen von den Feinden der Demokratie und unseres Volkes gegen die Türkei und unsere Demokratie eingesetzt.

ÖLMANGEL TRIFFT BEVÖLKERUNG UND INDUSTRIE

ANKARA (ITA) - Wegen einer ernsten Heiz- und Dieselölverknappung frieren zur Zeit Millionen türkischer Bürger in ungeheizten Mietshäusern in den Städten. Die Ursache für den Mangel liegt in der Zahlungsunfähigkeit der Türkei; im letzten Jahr konnten 2 Millionen Tonnen weniger Rohöl und Petroprodukte einge-

führt werden als der türkische Jahresminimalbedarf von 16 Millionen Tonnen.

Nach offizielle Angaben konnte für Dezember und Januar nur ein Viertel der notwendigen 2,1 Mio. Tonnen importiert werden.

Doch nicht nur Wohngebäude sondern auch Bürohäuser, einige Krankenhäuser und Schulen sind ohne Heizung. Wegen des Heizproblems hat das Erziehungsministerium die Ferien für Schulen des Primar- und Sekundarbereichs um eine Woche vorverlegt.

Die Regierung versucht Öl von Saudi-Arabien auf Kredit zu kaufen, um die Krise abzumildern und die Öffentlichkeit erwartet sehnsüchtig die Ankunft eines Öltankers aus dem Iran der 210 000 Tonnen Rohöl liefern soll, die mit einem kurzfristigen Kredit finanziert wurden.

Die beiden größten Raffinerien der Türkei, eine an der Ägäischen Küste und die andere in der Nähe des Industriezentrums von Istanbul, haben wegen Mangel an Rohöl die Arbeit eingestellt.

Die Situation wird verschärft durch Strommangel; täglich kommt es in den Städten zu Stromabschaltungen von bis zu vier Stunden.

Infolge dieses Heizöl- und Elektrizitätsmangels sind die türkischen Industrieanlagen nur zu 25% ausgelastet. Täglich berichten die Zeitungen über Fabrikschließungen. Dadurch droht weitere Arbeitslosigkeit, die bereits jetzt auf 20% geschätzt wird.

Da Heizöl und Elektrizität als Heizquelle so gut wie ausgeschaltet sind, begann nun ein Run auf Holz und Kohle. Doch auch hierbei bestehen Lieferprobleme, weil der Transport in die städtischen Zentren wegen des Mangels an Dieselöl für Lastwagen behindert ist.

So ist zum Beispiel der Holzpreis in Ankara auf 4 500 Türkische Lira (150 DM) pro Tonne hinaufgeschneit, das ist das doppelte des offiziellen Preises. Verzweifelte Hausbesitzer bieten bis zu 30 000 TL (1000 DM) für eine Tonne Heizöl, das in kleinen Mengen von Schwarzmarkthändlern angeboten wird; das ist das sechsfache des offiziellen Preises.

In der mit 4,5 Millionen Einwohnern größten Stadt der Türkei, Istanbul, wurden Stromabschaltungen bis zu neun Stunden täglich eingeführt. In Ankara wird der Strom vier Stunden während des Tages und zwei Stunden am Abend abgeschaltet.

Die gegenwärtige Energiekrise ist auch ein Ergebnis verfehlter Energiepolitik. Anstatt nach der Ölkrise von 1973 die Kohleproduktion zu steigern und das große Potential an Wasserkraft auszubauen, haben die Energie-Planer wachsende Diebstahl mit Hilfe der Devisen türkischer Arbeiter im Ausland und ausländischer Anleihen finanziert. Doch 1977 geriet die Türkei dadurch an den Rand des Bankrotts und konnte die auf 8,5 Md. Dollar geschätzten sofort fälligen Schulden nicht mehr bezahlen.

(DN-C-DG-15/1)

PAPIERKNAPPHEIT BEDROHT ZEITUNGEN UND VERLAGE

ANKARA (ITA) - Wegen eines Mangels an Druckpapier konnten türkische Verlage schon seit Monaten keine neuen Bücher mehr veröffentlichen. Jetzt erhalten auch die Zeitungen trotz ihrer bisher privilegierten Stellung bei der Zuteilung von Papier nicht mehr die notwendigen Mengen und sie sind gezwungen, die Zahl ihrer Seiten einzuschränken.

Das staatliche Papiermonopol (SEKA) sagte dazu, daß die nationale Papierproduktion dem steigenden Bedarf der Presse nicht nachkommen könne und daß eine Einfuhr von Papier wegen der Devisenknappheit unmöglich sei. Trotzdem erscheint ein großer Teil des importierten Papiers auf dem Schwarzmarkt und gelangt somit nicht an die Zeitungen und Verlage.

(C-DN-DG-15/1)